



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 24. November 2016  
(OR. en)

14475/16

SOC 712  
EMPL 486  
ECOFIN 1052

**VERMERK**

---

Absender:           Vorsitz  
Empfänger:        Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat  
Betr.:              Europäische Säule sozialer Rechte

---

Im Hinblick auf die Orientierungsaussprache über das eingangs genannte Thema auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 8. Dezember 2016 erhalten die Delegationen anbei eine Diskussionsunterlage des Vorsitzes.

### Diskussionsunterlage des Vorsitzes für die Orientierungsaussprache

**Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) – 8. Dezember 2016**

Die Kommission hat im März 2016 eine öffentliche Konsultation zur Europäischen Säule sozialer Rechte eingeleitet. Dabei haben Interessenträger aus allen Teilen Europas ihre Ansichten geäußert. Die für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz zuständigen Minister haben sich auf ihrer informellen Tagung im April erstmals mit dem Thema befasst und die gemeinsame Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) im Oktober im Großen und Ganzen gebilligt. Da sich die Konsultationsfrist dem Ende zuneigt, werden die Minister ersucht, zu den Hauptergebnissen der Konsultation Stellung zu nehmen und über die politischen Vorgaben für das weitere Vorgehen zu beraten.

#### Hauptergebnisse der Konsultation

##### **1. Steigerung der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit**

Wirtschaftswachstum, fairer Wettbewerb und soziale Inklusion verstärken einander: Solide wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern, führen zu mehr sozialer Sicherheit. Stärkere Sozialversicherungssysteme und Arbeitsmarktinstitutionen erhöhen die Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaften. Seit dem Ausbruch mehrerer Krisen im Jahr 2008 sind jedoch – was die beschäftigungs- und die sozialpolitische Lage in den Mitgliedstaaten anbelangt – erhebliche Diskrepanzen entstanden, die im Euro-Währungsgebiet mittlerweile dramatische Ausmaße angenommen haben.

- Die öffentliche Konsultation hat ergeben, dass Sozial- und Beschäftigungspolitik kohärent zusammenwirken sollten, wenn es um Fragen wie soziale Inklusion, Schaffung von Arbeitsplätzen und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit geht. Die Herstellung von Bedingungen für eine soziale Aufwärtskonvergenz wird in der Regel nicht nur als politisches oder soziales Gebot gesehen, sondern auch als eine wirtschaftliche Notwendigkeit, insbesondere im Euro-Währungsgebiet.

## 2. Sicherung sozialer Recht in einer Arbeitswelt im Wandel

Wenn allen Arbeitnehmern unabhängig von der Art ihrer Beschäftigung menschenwürdige und gerechte Arbeitsbedingungen gewährleistet werden sollen, müssen die arbeitsrechtlichen Regelungen unvoreingenommen überprüft werden. Erworbene Rechte sollten bei allen Arten von Verträgen gelten und bei einer Änderung des Beschäftigungsstatus nicht verloren gehen. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Arbeitskräftemobilität und Migration wichtig.

Zwar ist der Besitzstand der EU im Sozialbereich aus Sicht der Interessenträger im Großen und Ganzen ausreichend, doch sehen sie in mehreren Bereichen noch Spielraum für Anpassungen an den technologischen Wandel und die Digitalisierung der Arbeitsmärkte und der Gesellschaft. Die Ungleichheiten beim Zugang zum Sozialschutz haben sich im Zuge des Umbaus der Arbeitsmärkte verschärft, da nunmehr die beruflichen Laufbahnen in der Regel weniger linear verlaufen und sich Arbeitsplatz und Beschäftigungsstatus häufiger ändern.

- Bei der Konsultation wurde vor allem die Forderung erhoben, den Besitzstand in mehrerer Hinsicht zu modernisieren, damit er den Gegebenheiten der neuen Arbeitswelt besser entspricht; erforderlich seien auch mehr Leitlinien für die Umsetzung des Besitzstands und Unterstützung für seine Durchsetzung sowie Instrumente zur Entlastung der KMU.

## 3. Qualifikationen für den Arbeitsmarkt

Automatisierung und Digitalisierung sind wie eine neue industrielle Revolution und versprechen Produktivitätsgewinne. Aber sie gehen mit einem wachsenden Bedarf an neuen Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt einher. Die europäischen Arbeitskräfte sind zwar besser ausgebildet denn je, aber dennoch lässt sich die Qualifikationslücke in vielen Sektoren kaum schließen. Niedrig oder nicht qualifizierte Arbeitnehmer laufen Gefahr, den Anschluss zu verlieren. Arbeitnehmer mit atypischen Arbeitsverträgen haben zu 40 % weniger Zugang zu Schulungen und Qualifizierungsmaßnahmen.

- Bei der Konsultation wurde dazu aufgerufen, mehr Wert auf die Beurteilung des individuellen Qualifizierungsbedarfs der Arbeitnehmer zu legen, insbesondere wenn es sich um Menschen handelt, die schwerer Zugang zum Arbeitsmarkt haben, wie etwa Migrant\*innen. Den Qualifikationsbedarf besser zu antizipieren und zu erkennen, sei Teil der Lösung. Dies müsse sich dann in entsprechenden Bildungs- und Ausbildungsangeboten niederschlagen. Die wichtige Rolle und der mögliche Beitrag der Sozialpartner im Hinblick darauf, den Qualifikationsbedarf zu ermitteln und darauf zu reagieren, wurde hervorgehoben. Weitgehend einig sind sich die Interessenträger, dass Investitionen in Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen absoluter Vorrang eingeräumt werden muss, um Menschen zu helfen, wieder eine Arbeit zu bekommen und Arbeitsplatzwechsel im Verlauf ihres Arbeitslebens problemlos zu meistern.

#### **4. Förderung der sozialen Gerechtigkeit und Beseitigung von Ungleichheiten**

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist auf dem höchsten Stand seit 30 Jahren, und die EU muss umgehend etwas gegen die Ungleichheit und soziale Polarisierung unternehmen. Armut tritt zwar meist bei Arbeitslosigkeit auf, doch nicht weniger als 10 % der Menschen, die eine Arbeit haben, insbesondere benachteiligte Gruppen wie Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Migrant\*innen und Flüchtlinge, leiden ebenfalls unter Armut.

- Eine wirksame Umverteilung des Wohlstands durch Steuern und Sozialabgaben, aber auch eine angemessene Bildungs-, Migrations- und Wohnungspolitik sowie erschweringliche Leistungen der Daseinsvorsorge wurden während der Konsultation als Hebel genannt, die eine größere soziale Mobilität fördern könnten. Besonders hervorgehoben wurden maßgeschneiderte Arbeitslosenunterstützungsregelungen, die enger mit Aktivierungsmaßnahmen verbunden werden könnten.

Unsere Sozialversicherungssysteme müssten an die sich verändernden Gegebenheiten angepasst werden, insbesondere an die durchlässigeren Laufbahnen und atypischen Arbeitsformen, die nicht immer einen gleichberechtigten Zugang zum Sozialschutz bieten. Auch Gerechtigkeit zwischen den Generationen vor dem Hintergrund der alternen Gesellschaften wurde als besonderes Anliegen genannt; junge Menschen fänden sich oft in prekären Verhältnissen wieder, denn sie seien überproportional häufig von neuen Arbeitsformen betroffen und hätten schwerer Zugang zum Sozialschutz.

## 5. Arbeitnehmer- und Sozialrechte im 21. Jahrhundert

Um diesen Anliegen Rechnung zu tragen, bedarf es eines Instrumentenmixes, der auf die betreffenden Politikbereiche und auf die Autonomie der Sozialpartner zugeschnitten ist. Die Befragten erwarten, dass alle Lenkungebenen (EU, nationale und subnationale Ebene, Sozialpartner und Zivilgesellschaft) Verantwortung für die Folgemaßnahmen übernehmen, wobei die Aufteilung der Zuständigkeiten und die Subsidiarität zu beachten sind.

- Die Interessenträger haben ein ganzes Spektrum von verschiedenen beschäftigungs- und sozialpolitischen Instrumenten angesprochen, von rechtsverbindlichen bis hin zu "weicheren" Maßnahmen wie politische Koordinierung, Benchmarking und Voneinander lernen.

Weitgehendes Einverständnis bestand während der Konsultation darüber, dass die Bekämpfung der beschäftigungs- und sozialpolitischen Probleme für alle Mitgliedstaaten und für den Erfolg des Binnenmarktes wichtig ist. Einige Befragte haben zudem gezielte Maßnahmen zur Förderung der Konvergenz im Euro-Währungsgebiet gefordert, um das sozioökonomische Leistungsgefälle, das die Widerstandsfähigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bedrohe, zu beseitigen.

**Vor diesem Hintergrund werden die Minister ersucht, sich zu folgenden Fragen zu äußern:**

- 1. Welche politischen Maßnahmen sind am dringendsten und welche spezifischen Maßnahmen müssen als unabdingbarer Bestandteil der Europäischen Säule sozialer Rechte gelten? Gibt es wesentliche Lücken bei den derzeitigen Strategien und Verfahrensweisen?*
- 2. Was muss zur Stärkung der Kohäsion im Binnenmarkt (und der Widerstandsfähigkeit und der wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz der WWU) getan werden, um dem künftigen Bedarf der Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme zu entsprechen?*